

## Der Sieger von Moabit



Deutschland vor dem Raphthammonopol  
Berlin, den 11. Februar 1933.

Der „Berlin am Morgen“ vom Sonntag bringt eine aufsehenerregende Meldung, die den Schlüssel für die ungemein heftige Amtswortkampagne der letzten Wochen liefert. Darauf dieser Meldung, die dem genannten Blatt aus zuverlässigen parlamentaristischen Kreisen zugegangen ist, plamen die maßgebenden Kreise dem englisch-amerikanischen Öl-Konzern, dass sie ein Raphthammonopol für Deutschland in die Hand zu geben, um so die Welt eine große Unleihe zu erhalten. Die Sowjetunion dieses Planes, bestimmt Durchführung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion schwer erschüttern würden, seien in den Kreisen der deutschen Großbanken und der Hocharbeiter, des gemäßigten Demokratis, zu suchen, die in der Person des Finanzministers Molkenhauer ihren bestimmten Vertreter in der deutschen Koalitionsgouvernement haben.

Der amerikanische Standard Oil habe ja bereits mit der englisch-holländischen Royal-Shell-Gruppe hinter Tretterdorff verständigt, wonach die deutsche Regierung für die Einräumung des Raphthammonopols eine langfristige Unleihe unter günstigen Bedingungen erhalten soll. Als eine Folge dieses Umdenkmals soll die Einfuhr von Sowjet-Raphthe in jeder Form unterbunden werden.

## Die Betriebsräte haben die Führung Forderungen des Arbeiterrates bei der Verkehrs-AAG Berlin

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

In der gestrigen Sitzung des Arbeiterrates der Verkehrs-AAG brachten die roten Betriebsräte nachdrückliche Anträge ein, die bei Stimmenthaltung der SPD angenommen wurden:

1. Abgangsgesetzung aller Entlassungen;
2. Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohn - ausgleich;
3. Erhöhung des Lohnes um 20 Pfennig pro Stunde;
4. Herabsetzung der Gehälter der Direktoren und leitenden Angestellten auf 1000 Mark pro Monat;
5. Entlassung des Präsidenten, Büttner und der übrigen Direktoren, die die Schuld an der Misserfolgszeit tragen.

In der später stattfindenden Aussichtsratssitzung übernahmen diese Anträge die Vertreter der kommunistischen Stadtverordneten. Die SPD möchte die übliche Einheitsfront mit den Deutschnationalen und lehnt alle Anträge ab. Verkehrs-AAG hat noch weitere „Spartmaßnahmen“ an. Die Verkehrsarbeiter sind entschlossen, den Kampf aufzunehmen.

## Bürgerfriegsrüstungen der Grzesinski-Polizei

Aus Düsseldorf erhalten wir folgende alarmierende Meldung: Das düsseldorfer Polizeipräsidium trifft umfangreiche Vorbereitungen für den Bürgerkrieg. Für die Schupo ist ein ganzer Eisenbahnwaggon mit Stahlhelmen eingetroffen. Da die Schupo-polizei bei ihrem Auftreten gegen Arbeiterdemonstrationen in den letzten Wochen stets mit Karabinern ausgeteilt war, ist anzunehmen, dass zu diesem Wortwechsel jetzt noch das Requiritat des imperialistischen Krieges, der Stahlhelm, kommt. So dass die Schupo-polizei, die Maschinengewehre, Handgranaten, Panzerwagen und sonstige Waffen des modernen Krieges bereits vorhanden sind, jetzt mit allen Mitteln zum Bürgerkrieg ausgerüstet ist.

In gleicher Zeit hat der Düsseldorfer Polizeipräsidient, Gangelt, der der Zentrumpartei angehört, verkündet, dass die Kreis- und Landespolizei ausquartiert werden sollen. Um die Männer der Schupo-polizei wurde bereits ein harter Stacheldraht gespannt, so dass die Schupo von der Außenwelt streng isoliert und in einer Festung wohnen. Die Oberschicht wird gegen die provisorischen Bürgerfriegsrüstungen des Polizeipräsidienten lästiger Protest erheben. Vor einigen Tagen kontraktierte die Polizeipräsidienten von Rheinland und Westfalen in Hamm. Allgemein wurde dort mit einer Verschärfung der Lage gerechnet. Die neuen Maßnahmen in Düsseldorf scheinen die ersten Auswüchse der Polizeipräsidienten zu sein. Die Tatsache, dass die Ausrüstungsgegenstände für die Schupo gleich waggonweise eintreffen und der Erfolg einer so einschneidenden Versetzung, wie die Ermittlung von Frauen und Kindern aus der Schupo-polizei lässt den Willen der Bourgeoisie erkennen, gegen die Arbeiter mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Während die Grzesinski-Polizei bei Verhölung der Lage mit neuen Rüstungen und blauen Uniformen antwortet, wird die Arbeiterschaft den Parolen der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Gefällen ihrer Könige folgen lassen und revolutionäre Streiks organisieren.

## Sozialfaschistischer Leichenledderer

Die sozialfaschistischen Schwindler zeigen ihre Heile in Hamburg und im Reiche gegen die RPD fort. Immer wieder sucht die Schwundmeldeburg auf von dem Anlauf der Polizei des Hungerdemonstrations von der Polizei des Sozialfaschistischen Schindeldecker erjagt wurde. Nachdem unter Druckerregen die Hamburger Polizeiabteilung bereits den Erfolg dieser Nachsuche als einen Verleumdung bezeichnet hatte, erhebt sie in der Nachfrage vom 8. Februar erneut

„Diese Leichenledderer der RPD ist wohl das Schmuckstück, was sich die sozialdemokratischen Kerle je geleistet haben.“

## Wie Wissell den Arbeitslosen die Unterstützung raubte!

### Geständnisse der Sozialfaschisten — Rüstet zum Internationalen Arbeitslosenstag!

Als im Februar v. J. die Niederkunft des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes mit den Stimmen der SPD, die den Zusatztag gaben, beschlossen wurde, lag die RPD von einer erfolglosen Abwehr der Rücksichten. Die Tatsachen haben nun gezeigt, dass infolge des überraschenden Durchsetzungsversuches der Arbeitslosen die Unterstützung verhindert wurden. Am 2. Februar schrieb sogar ein sozialdemokratisches Blatt, die „Schwäbische Tagesschau“

„Das Nachtragsgesetz nimmt sich in den einzelnen Bestimmungen derart sozial (1) und unerträglich (2) auf große Teile der Beschäftigten aus, hebt statthaft das Berücksichtigungsprinzip auf, so dass in Wahrheit eine Revision unmöglich ist.“

So geht heute ein SPD-Blatt, was im Oktober die Kommunisten widerstrebend beschimpfte, weil sie gegen den Rückschluss bestimmt haben.

Wer mit diesem Raub der Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung war es noch nicht genug, der sozialfaschistische Reichsarbeitssminister Wissell hat gleichzeitig die Sozialfürsorge im Kaiserreich eingehäuft. Wissell hat nach den Wahlen die Vollmacht, zu bestimmen, wer Unterstützung aus der Arbeitsförderung erhält. Wissell hat keine Vollmacht dazu geboten, um handlungsfähige jeder Unterstützung zu verbauen. Der Standpunkt ist so stark, dass sogar die Hessische Wissell, die ADGB-Bürokraten, einen Scheinprotest erheben müssen. Dieser Scheinprotest erfolgt nur, um die Arbeitslosen hinzuholen und zu törichten. Die ADGB-Bürokraten gehen aber in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 6 einen Teil der Wahrheit zu und schon diese wenigen Ausführungen sind eine furchtbare Anklage gegen den Sozialfaschismus. Nach der „Gewerkschaftszeitung“ sind jetzt 200 000 Beamter ohne jede Unterstützung, da ihnen der Reichsarbeitssminister die Unterstützung aus der Sozialfürsorge verneint. Alle jungen Arbeitnehmer unter 21 Jahren erhalten keine Arbeitsförderung. Auch die Arbeiter, denen angeblich die Rücksichtnahme bestellt ist, werden größtenteils um die Unterstützung betrogen. Die „Gewerkschaftszeitung“ kündigt die dabei angewandten Methoden folgendermaßen:

„Es wurde teilweise die Altersgrenze über 21 Jahre bis zu 25, ja bis zu 30 Jahre erhöht, es wurde die Zulassung des Reichsarbeitssministers auf männliche Arbeitslose oder sogar nur auf Verheiratete. Ehefrauen wurden vielfach ebenfalls von dem Rechte ausgeschlossen. Kleine Unternehmen, an denen nicht zahlreiche Arbeitslose vorhanden waren, wurden überhaupt aus der Rücksichtnahme herausgenommen, so dass keine Rücksicht davon kann und konnte, dass etwa alle vom Reichsarbeitssminister zugelassenen Berufsangehörigen auch tatsächlich in den Genuss der Rücksichtnahme kommen. Da die Einschränkungen, wie teilweise auch gewisse Gemeinschaften, durch die Landesarbeitsamtpräsidenten vorgenommen werden, so ist außerordentlich schwer, die Überblick über die tatsächlichen Vorgänge zu erhalten. Nichtsdestotrotz müssen Beschwerden beim Reichsarbeitssminister erhoben werden, denen gegenüber allerdings vom Reichsarbeitssminister der Standpunkt vertreten wurde, dass bei der Einbeschaffung eines Personenkreises in die Rücksichtslose Unternehmungen nach Geschlecht, Alter und Dauer der Beschäftigung in den betreffenden Gemeinschaften für zukünftige gehalten werden.“

Wissell hat selbstverständlich die Landesarbeitsämter gebeten, da er ihnen ja die Anweisungen erst gegeben hat.

Noch unter seiner Regierung wurden die Maßen der Arbeitslosen so ausgedehnt und so niedergeschlagen als unter der Koalitionsregierung Müller-Wissell. Gegen dieses Hungers- und Armutssystem kämpft die Arbeiterschaft, und am 8. März, dem Internationalen Arbeitslosenstag, wird der Proletariat überall ernsthaftlich seine Forderungen erheben.

Rücksicht vom 8. März, kämpft für die Forderungen der Arbeitslosen, die gleichzeitig Forderungen der Arbeiter sind: gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen die Entlassungen!

Für den Siebenstundentag! Erwerbslosenunterstützung für alle erwerbslosen Arbeitnehmer, für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit in voller Lohnhöhe!

Noller Lohn für alle Kurzarbeiter!

## Die Sozialdemokraten schlucken alles

### Zentrum fordert Deckung des Defizits bei der Reichsozialforschung

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Gestern Abend tagten die Reichstagsfraktionen. Die Fraktion des Zentrums führte einen Beschluss, in dem es u. a. heißt:

„Sie hält eine gleichzeitige gesetzliche Sanierung der Reichsfinanzen vor der Stellungnahme des Reichstages zum Haushalt 1933 in dritter Periode für unerlässlich und befiehlt ihre Abgeordneten, diese Maßnahme in ihrer ganzen Tragweite dem Reichstag zu stellen.“

Entsprechend diesem Beschluss unternahmen die drei Zentrumsfraktionen sofort einen neuen Versuch, indem sie den Reichstag aufforderten und eine historische Erklärung verlangten. Dieser Vorschlag des Zentrums, dem sich übrigens auch die Demokraten anschlossen, rüttelt jedoch insbesondere gegen die Sozialdemokraten, die von vorherhanden für alle neuen Massenbelastungen in voller Höhe innerstaatlich verantwortlich gemacht werden sollen.

Die sozialdemokratische Fraktion führt einen Beschluss, in dem vorgeschlagen wird, die teilweise Deckung des Reichsdefizits der Arbeitslosenversicherung durch eine Erhöhung der Beiträge auf 4 Prozent zu erreichen.

Dieser Beschluss bedeutet bereits einen roten Rückzug der Sozialdemokratie gegenüber dem Antritt der bürgerlichen Parteien auf die Sozialversicherungen.

Bereits gestern wiesen wir darauf hin, dass die Sozialdemokratische Partei und natürlich auch die Gewerkschaften gegen die Aufnahme einer Anfangsdarlehen bei den Rentenversicherungsanstalten die Erhöhung der Erwerbslosenversicherungsbeiträge verhindern. In dem Aufruf des ADGB und der gelben

Gewerkschaften, der unter der Bezeichnung „Einheitsfront der Gewerkschaften aller Richtungen“ in dem sozialdemokratischen Organ am Weiternplan gestern veröffentlicht wurde, wird in harten Tonen protestiert gegen die Aufnahme der Anfangsdarlehen zur Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung gefordert. Es ist ganz klar, dass das Bündnis der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften aller Richtungen“ von den Arbeitern aus auf den entlastenden Verhältnissen werden muss. Unter keinen Umständen dürfen die Arbeiter sich wiederum eine neue Belastung von 250 Millionen durch die RPD aufladen lassen. Das Gespräch um die Form der Rücksichtnahme, ob Ausplünzung der Rentenversicherungsanstalt oder Beitragssteigerung, wird die Arbeiter und Angehörige nicht verhindern. Die Arbeiter fordern Deckung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für alle Erwerbslosen auf den vollen Lohn. Um diese Forderung werden die Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen den Kampf annehmen unter der Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

### In der Gruppe der Kapitalisten

Die Nationalsozialisten bzw. der Hakenkreuzbund haben ein weiteres Visier an die Reichsbahnländer gestellt. Sie wollen und wollen einen ihrer konterrevolutionären Offiziere über „Führer“ und „Aufruhr“ als Atope des Hauptrplans reihen lassen. Dazu wird dieser Offizier verhindern, dass die Reichsbahn den härtesten Terror gegen die revolutionären Proletarier zu erzielen scheint. Die Bourgeoisie ist sich sehr klar über die Rolle dieser Leute, die nur noch leicht merken von der „deutschen Revolution“ überzeugt. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ nehmen zu dem Widerstandsnachrichten der kommunistischen Bandenaktion Stellung und fordern einen leidenschaftlichen Kampf über die nationalsozialistische Kriefften. So heißt das:

„Sieher ist aber auf der anderen Seite, dass die nationalsozialistische Gruppe nicht daran denkt, einen solchen kommunistischen Widerstandsauftrag zum Siege zu verhelfen. Wie wir bereits mehrfach betonten, wird die nationalsozialistische Gruppe höchstens eine Erklärung abgeben, sich aber kaum an einer Abstimmung gegen die Regierung zu beteiligen.“

Aus diesem Satz geht die enge Verbindung der Nationalsozialisten mit den bürgerlichen Parteien hervor, so die „Politische Neuzeit Nachrichten“ geben der Rücksichtnahme der Rücksichtnahme die Rücksicht, wie sie sich zu verhalten haben, in der Abstimmung über den kommunistischen Widerstandsauftrag. Die Nationalsozialisten sind für den Hauptrplan. Darüber hinaus alle Demokraten nicht hinweg.

### Hillers Mörderbauten überfallen

#### Jungarbeiter

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Gestern gegen 21 Uhr wurden in Südwelt in Berlin 10 Jungarbeiter von circa 80 Betonkreuzern überfallen. Ein Jungarbeiter wurde schwer verletzt.

### Der Schwedische im Merito verschafft

Auf Anordnung des meritorischen Kriegsministeriums wurde in Dresden der schwedische Gefangene in Merito, Genosse Matz, verhext. Erstmalig protestierte Matz gegen das ganze meritorische Diplomatengesetz groß und durchdringend. Gleichzeitig wird bekannt, dass das schwedische Gefangenenhaus in Merito-Schönau durchsucht wurde. Die Verhaftung Matzs, der auf dem Rücken eines Pferdes über die Alpenkette über Merano nach der Schweizer Grenze vertrieben wurde, ist im Auftrag des meritorischen Kriegsministeriums und der meritorischen Präsidialbeamten.

Die meritorische Gewaltstreit der meritorischen Konditionen-Korporen wird durchgeführt worden.

### Der Vorarbeiterstreit in Polen

Im ganzen Bezirk der polnischen Textilindustrie ist am Freitag der Generalstreik ausgerufen worden. Die Arbeitnehmer haben diesen Schritt mit der Ausperrungsabschaltung beantwortet, von der etwa 10 000 Arbeiter und Arbeitnehmer betroffen werden. Die Ursache des Streiks ist ein Lohnstreit. Die Unternehmer verlangen eine Lohnherabsetzung. Die Arbeitnehmer lehnen jetzt den Kampf um Erhöhung der Löhne und um Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

## Zusammenföhrer zwischen Streitenden und Polizei

Paris, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

In Paris, dem Sitz der Zentralstreitstellung der Textil-, Berg- und Metallarbeiter, kam es anlässlich einer Versammlung in der Genossen-Karin sprach zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei der viele Arbeiter verhaftet wurden. Unter den Verhafteten befindet sich auch Genosse Karin. Zum Protest gegen die Polizeiaktionen formierten sich die Arbeiter zu einem Demonstrationzug, in dessen Reihen über 10 000 Arbeiter mitschwammen.